

Antikriegstag 2019

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde, verehrte Anwesende,

vor 80 Jahren, am 1. September 1939, begann der Zweite Weltkrieg, so wie jeder Krieg mit einer Lüge.

Der angebliche polnische Überfall auf den Sender Gleiwitz wurde von den deutschen Verbrechern inszeniert, um ihren Überfall auf Polen zu rechtfertigen.

Kolleginnen und Kollegen,

liebe Freundinnen und Freunde,

Krieg an sich ist schon ein Verbrechen und das Führen eines Angriffskrieges ein ganz besonders schweres.

Aber die Verbrechen, die im Verlauf dieses Krieges von Deutschland und seinen Soldaten unter dem Jubel des größten Teiles seiner vom nationalsozialistischen Virus befallenen Bevölkerung begangen wurden, sind unvorstellbar und ohne Beispiel in der Geschichte der Menschheit.

Der Zweite Weltkrieg ist nicht einfach ausgebrochen,

liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde.

Er wurde von sehr langer Hand geplant und die Liste der Verbrechen beginnt auch nicht erst am 1. September 1939.

Schon ab 1933 gab es die ersten Konzentrationslager, in denen Menschen, die nicht in das Weltbild der Nazis passten gequält, gefoltert und ermordet wurden.

Es gab in Deutschland auch schon vorher Antisemitismus und Antiziganismus, aber erst ab 1933 wurden Juden, Sinti und Roma von Staats wegen systematisch benachteiligt, schikaniert, ausgeplündert und ihrer Existenzgrundlage beraubt.

Die Gründe dafür, daß es so weit kommen konnte, liegen unter anderem in der Kollaboration des Weimarer Staates mit dem alten militaristischen System des untergegangenen Kaiserreiches und der Erhöhung der sog. „Dolchstoßlegende“ zur quasi Staatsdoktrin.

Kritikern der geheimen Aufrüstung der Reichswehr, wie Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky, wurde schon in der Weimarer Republik wegen Geheimnisverrates der Prozeß gemacht.

Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

Nie wieder Krieg! - Nie wieder Faschismus!

Das lernen wir aus der Geschichte und daraus leiten sich die Forderungen der DGB-Gewerkschaften und aller friedliebenden Menschen ab, die wir nicht nur am heutigen Antikriegstag stellen und für die wir uns einsetzen:

Das Wettrüsten stoppen!

Für Frieden und Völkerverständigung!

Wo, wenn nicht hier zwischen dem Mahnmal für die Opfer des Faschismus und dem Gedenkstein für die Euthanasieopfer und vor dem Denkmal für die Toten des 23. Februar 1945 hätten diese Forderungen mehr Berechtigung gestellt zu werden.

Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden, weder im Inneren noch nach außen mit unseren Nachbarn.

Am letzten Wochenende besuchte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den Ort Fivizzano in der Toscana.

Dort wurden im Sommer 1944, also vor 75 Jahren, vierhundert Menschen, zum größten Teil Frauen, Kinder und alte Leute von der SS unter dem Kommando von Walter Reder bestialisch massakriert.

Reder wurde als einer der ganz wenigen NS-Verbrecher an Italien ausgeliefert und 1951 von einem Gericht in Bologna zu lebenslanger Haft verurteilt.

Trotzdem wurde er 1985 aus der Haft in Italien nach Österreich entlassen.

Dort erhielt er einen Staatsempfang und lebte noch bis 1991 in Wien.

Sein oberster Chef war Generalfeldmarschall Albert Kesselring, seit Herbst 1943 Militärbefehlshaber in Italien.

Kesselring war verantwortlich für das brandschatzende und mordende Vorgehen der Wehrmacht in Italien.

Unter anderem am 24. März 1944 für die völkerrechtswidrigen Geislerschießungen in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom und die Massaker von Sant`Anna die Stazzema am 12. August 1944 und Marzabotto am 1. Oktober 1944.

Diesen Kriegsverbrechen fielen vor 75 Jahren tausende Zivilisten zum Opfer.

Ein britisches Militärgericht verurteilte Kesselring 1947 für seine Untaten zum Tode.

Aber bereits 1951 war er wieder ein freier Mann und beteiligte sich in der jungen Bundesrepublik an der Erschaffung der Legende vom tapferen und sauberen deutschen Soldaten.

1955 beklagte er sich, daß *„der Soldatenstand nach 1945 wie kein anderer Beruf in den Dreck gezogen worden ist und in den Lagern und Gefängnissen gelitten hat“*.

Er ist 1960 als offensichtlich hochgeehrter und als Vorbild für die Soldaten der Bundeswehr dienender Mann gestorben.

Oder warum sonst hat der damalige Inspekteur der Bundesluftwaffe die Grabrede gehalten?

Von einem deutschen Gericht wurde jedenfalls niemand für die Verbrechen in Italien verurteilt.

Für die Kriegsverbrechen und die willkürlichen Schäden, welche Wehrmacht und SS in Italien angerichtet haben, hat die BRD 1961 pauschal lächerliche 40 Millionen Mark überwiesen.

Die Opfer der Naziverbrechen und ihre Hinterbliebenen müssen sich allerdings mit warmen Worten begnügen.

... und das ist symptomatisch für den deutschen Umgang mit den NS-Verbrechen und das nicht nur in Italien, sondern generell.

Der internationale Gerichtshof in Den Haag hat leider 2012 zur großen Freude der Bundesregierung entschieden, daß Opfer von NS-Verbrechen vor ausländischen Gerichten nicht auf Entschädigung klagen können, weil das angeblich das Prinzip der Staatenimmunität verletzen würde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frreundinnen und Freunde,

es ist ein Skandal, daß alle deutschen Regierungen und auch der größte Teil der Bevölkerung die Frage nach Entschädigung und Reparationen für begangenes NS-Unrecht als erledigt ansehen.

Leider kann daran offensichtlich nur Druck aus dem Ausland etwas ändern, wie das Beispiel der Entschädigung der Zwangsarbeiter zeigt.

Bundespräsident Steinmeier sagte am letzten Sonntag in Fivizzano: *„Ich stehe heute vor Ihnen als deutscher Bundespräsident und empfinde ausschließlich Scham über das, was Deutsche Ihnen angetan haben. Ich bitte Sie um Vergebung.“*

Ein dreiviertel Jahrhundert nach dem Verbrechen war es für diese Entschuldigung allerhöchste Zeit.

Es ist auch eine schöne Geste, daß er aus dem deutsch-italienischen Zukunftsfond 20 000 Euro für ein Schülerprojekt zusagte.

Aber der „Wiedergutmachung“ und der Frage der Reparationen und Entschädigung für zerstörte und gebrandschatzte Dörfer und Städte und der Linderung der Folgen erlittenen Unrechts wird man damit nicht gerecht.

Ich weiß, Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

die Forderung nach Abschaffung der Bundeswehr und nach Austritt aus der Nato ist allzu utopisch, obwohl sie mir und bestimmt vielen von Euch aus dem Herzen sprechen würde.

Für die Aufrüstung der Nachfolgeorganisation der verbrecherischen Wehrmacht werden zur Zeit 43,2 Milliarden Euro ausgegeben.

Nur um es in ein plastisches und nachvollziehbares Verhältnis zu setzen,

liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Freunde.

Damit könnte man 2 160 000 solche, bestimmt sinnvollen Schülerprojekte wie in Fivizzano finanzieren,

- oder man könnte die Opfer der Naziverbrechen angemessen entschädigen,
- oder man könnte Reparationen für die Zerstörungen und Plünderungen der Nazis und ihrer Wehrmacht leisten,
- oder man könnte die zweite Schuld Deutschland, nämlich den skandalösen Umgang mit den von den Nazis verfolgten und drangsalierten Menschen aufarbeiten,
- oder man könnte Projekte unterstützen, die sich für eine Welt ohne Nazis, ohne Gewalt, ohne Krieg und Vertreibung und ohne Rassismus und religiösen Fanatismus einsetzen,
- oder wir könnten das beste Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen aufbauen,
- oder man könnte den Hunger in der Welt bekämpfen,
- oder man könnte das Leid der Flüchtlinge lindern,
- und, und, und.

Aber wie ich schon sagte,

liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde.

Solche Forderungen sind utopisch, aber – man wird ja mal noch sagen dürfen... oder?

Trotz alledem stellt sich aber schon die Frage, wie lange wir es uns noch leisten wollen, angesichts der unbewältigten Vergangenheit und der riesigen Probleme der Zukunft eine Institution mit Unsummen zu alimentieren, die offensichtlich eine faszinierende Anziehungskraft auf faschistoide Frauen und Männer ausübt.

Es ist ja schon schlimm genug, daß der sog. Verteidigungsetat in den letzten vier Jahren um 10 Milliarden Euro gestiegen ist und Deutschland jetzt 43,2 Milliarden Euro für die Maschinerie des Krieges ausgibt.

Wir dürfen es aber keinesfalls zulassen, daß, welche Regierung auch immer, die Forderung der Nato erfüllt und 2 % des Bruttosozialproduktes in tödliche Rüstungsprojekte steckt.

Nach heutigem Stand wären das rund 85 Milliarden Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

laßt mich zum Schluß noch folgendes sagen:

Wir stehen vor riesigen Herausforderungen, die Zukunft für uns, unsere Kinder und Enkel lebenswert zu gestalten.

Da ist es ein großes Unrecht, auch vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit, Milliarden und Abermilliarden fürs Militär zu verschwenden.

Wer so etwas plant, spaltet unsere Gesellschaft und setzt den inneren und äußeren Frieden aufs Spiel.

Er muß mit unserem entschlossenen Widerstand und dem aller friedliebenden Menschen rechnen.

Das sind wir auch den Menschen schuldig, zu deren Ehren und Gedenken wir uns heute hier versammelt haben.

Vielen Dank.